

Volksbegehren „Neue Energie für Berlin“ unterschreiben!

Jetzt aktiv werden für unser Stadtwerk und unser Stromnetz



Kreative Auftaktaktion des Berliner Energietisches am 12. März

Foto: Frank Schwarz

Die GRÜNELIGABerlin, die zum Trägerkreis des Berliner Energietisches gehört, unterstützt das Volksbegehren für eine Rekommunalisierung des Berliner Stromverteilnetzes und die Gründung eines berlineigenen Stadtwerkes aktiv. Sie ruft alle Bürger/-innen zur Teilnahme auf!

Bereits seit dem 11. Februar sammelt der Energietisch, ein Bündnis aus über 50 lokalen Organisationen, Unterschriften für eine demokratische, ökologische und soziale Energieversorgung. Inzwischen entlarft sich die SPD-CDU Koalition selbst. Sowohl der unzureichende Gesetzentwurf zur

Stadtwerksgründung als auch Anträge der Opposition dazu wurden bisher nicht weiter im Berliner Abgeordnetenhaus und den Ausschüssen behandelt. Dagegen hilft nur Druck von unten durch das Volksbegehren des Berliner Energietisches.

Für ein erfolgreiches Volksbegehren sind bis zum 10. Juni 200.000 Unterschriften notwendig. Danach kommt es parallel zur Bundestagswahl im September 2013 zum Volksentscheid, bei dem die Berliner/-innen über die zukünftige Energieversorgung ihrer Stadt abstimmen können.

Deshalb bis zum 10. Juni Unterschriften sammeln, Unterschriften sammeln und nochmals Unterschriften sammeln!

Die Unterschriftenlisten liegen dieser Ausgabe des RABEN RALF bei.

Jochen Mühlbauer

Alle weiteren Informationen, Sammeltermine zum Mitmachen und Download der Unterschriftenlisten:
www.berliner-energietisch.net

Ihre Spende für die Energiewende in Berlin!

Hinter dem Volksbegehren „Neue Energie für Berlin“ steckt eine Menge Arbeit. All dies kostet Geld. Deswegen ist der Berliner Energietisch auf finanzielle Unterstützung angewiesen. Jede Spende - ob groß oder klein - hilft!

Spendenkonto des
Energietisches

Kontoinhaber:

BürgerBegehren Klimaschutz

Kontonummer: 401 216 24 01

GLS Gemeinschaftsbank

BLZ: 430 609 67

Kennwort:

Berliner Energietisch



Energiewende klimafreundlich, zukunftsfähig, sozial

Positionspapier „Gemeinschaftswerk Energiewende sozial gestalten“ der klima-allianz

Auf Initiative der klima-allianz Deutschland und unter der Schirmherrschaft von Prof. Klaus Töpfer (CDU) fordert ein breites Bündnis aus Sozial- und Verbraucherschutzverbänden, Umweltorganisationen, Kirchen und Gewerkschaften die Spitzenkandidat/-innen der Parteien zu einem ernsthaften Dialog über die soziale Ausgestaltung des „Gemeinschaftswerks Energiewende“ auf. Grundlage für die Gespräche ist ein gemeinsames Positionspapier mit einem 8-Punkte-Forderungskatalog:

1. Bestehende Subventionen und Privilegien für fossile Energieträger und Energieverbrauch müssen abgebaut werden. Dies erweitert staatliche Handlungsspielräume und setzt Mittel frei, die zur sozialen Flankierung der Energiewende eingesetzt werden können.

Insbesondere müssen die Vergünstigungen der Industrie bei den Energiepreisen abgebaut und deutlich zielgerichteter ausgestaltet werden. Es sollten einheitliche Indikatoren angewendet werden, die die Energie- und Handelsintensität der Unternehmen abbilden. Weitere Voraussetzung muss die nachprüfbar ambitionierte Umsetzung von Energieeinspar- und Effizienzmaßnahmen sein. Außerdem sollten die Mitnahmeeffekte kompensiert werden, die durch die mit dem Zubau erneuerbarer Energien sinkenden Börsenstrompreise entstehen.

2. Sparsame Haushalte sollten belohnt werden. Es sollte daher geprüft werden, ob die Stromsteuer progressiv gestaltet werden kann. Beispielsweise könnte der bisherige Steuersatz von 2,05 Ct/kWh für einen pro Kopf-Verbrauch von unter 500 kWh/Jahr auf den Mindeststeuersatz von 0,1 Ct/kWh abgesenkt werden. Hohe pro Kopf-Verbräuche von mehr als 2.000 kWh/Jahr sollten dann im Sinne einer möglichst aufkommensneutralen Lösung mit dem doppelten Steuersatz von 4,1 Ct/kWh belastet werden.

3. Sozialtransfers wie ALG II, BAFöG oder Grundsicherung im Alter müssen um die steigenden Energiekosten pauschaliert aufgestockt werden (auf Grundlage von Preisprognosen oder indem vierteljährlich die tatsächlichen Verbrauchswerte der Referenzgruppe gemittelt werden). Die Erstausrüstung bzw. Ersatzausstattungen von Wohnungen im Rahmen von Arbeitslosengeld sollten zudem mit energieeffizienten Geräten der höchsten Effizienzklasse erfolgen.

4. Auch Wohngeldempfänger/-innen sollten einen pauschalierten Energiekosten-zuschuss (Strom und Heizung) erhalten.

Dadurch können auch Bevölkerungsgruppen mit niedrigen Einkommen von steigenden Energiekosten entlastet werden. Durch einen verbrauchsunabhängigen Zuschuss wird

energiesparendes Verhalten belohnt.

5. Angemessene Einkommen sind die Grundlage für ein menschenwürdiges Leben und vermeiden Armut, auch Energiearmut. Die Einführung bzw. Anhebung von flächendeckenden Mindestlöhnen (mind. 8,50 Euro/Stunde) sollte umgesetzt werden.

6. Energieeinsparung senkt die Energiekosten. Eine kostenlose Energieeinsparberatung sollte, vorrangig für einkommensschwache Haushalte, flächendeckend eingeführt werden.

7. Die kürzlich beschlossene EU-Energieeffizienzrichtlinie muss von der Bundesregierung ambitioniert in nationales Recht überführt werden. In einem Effizienzgesetz sollte die Bundesregierung ehrgeizige Maßnahmen zum Energie sparen beschließen.

8. Die staatliche Förderung für Gebäudesanierung sollte aufgestockt,

verstetigt und diversifiziert werden. Dabei ist eine sozialverträgliche Lösung für das Mieter-Vermieter-Dilemma zu finden. Mieterinnen und Mieter dürfen nicht in die Situation geraten, dass sie aufgrund zu stark gestiegener Mieten durch Sanierungsmaßnahmen übermäßig belastet werden bzw. sogar ihre Wohnung aufgeben müssen. Ziel sollte eine möglichst warm-mietenneutrale Sanierung sein. jm

Weitere Informationen:
www.die-klima-allianz.de



Anzeige

SELBSTSTÄNDIGE VERTRIEBSMITARBEITER (W/M) GESUCHT!

Ihr unabhängiger, zertifizierter Ökostromanbieter vor Ort mit besten Ergebnissen bei „Ökotest“ und „Stiftung Warentest“

Niederlassung Berlin

Tel. 030-6832819-50

www.naturstrom.de/jobs



naturstrom
ENERGIE MIT ZUKUNFT